Protokoll der 29. Sitzung der
Gemeindevertretung Waldems
vom Montag, den 06.09.2010 um 19.30 Uhr
in der Emstalhalle Wüstems

Anwesend:

01. Sabine Conradi	09. Markus Hies	21. Katja Bauroth
02.Jürgen Hemming (ab Top 3)	10. Christian Schneider	22. Regina Kern
03. Wolfgang Deißenroth	11. Elke Petersen	
04. Rolf Werling	12. Julia Hies	23. Manfred Liebchen
05. Stefan Moog	13. Karin Becker	
	14. Raoul Nägele (ab Top 3)	
	15. Jörg Kotitschke	
	16. Roland Lederer	Entschuldigt:
06. Mustafa Dönmez		Dr. Edmund Nickel
07. Gunther Möller	17. Norbert Schwenk	Klaus-Dieter Humm
08. Rolf Meister	18. Heinz Grußbach	Andreas Richter
	19. Jens Dambeck	
	20. Helmut Volkmar	

somit anwesend: 21, ab Top 3 23

anwesend vom Gemeindevorstand:
Bürgermeister Werner Scherf
Beigeordneter Norbert Hönge
Beigeordneter Titus Mertens
1.Beigeordneter Robert Erdt

Entschuldigt:
Beigeordneter Bernd Heilhecker
Beigeordneter Karl-Heinz Harpf

anwesend von der Gemeindeverwaltung:
Brigitte Hörning
Günter Krieger
Fritz Flören

sowie 12 Zuschauer

Waldems, den 06.09.2010

Zu der auf heute um 19.30 Uhr anberaumten 29. Sitzung der Gemeindevertretung sind die Mitglieder am 27.08.2010 – also mindestens 3 Tage vorher – unter Angabe von Ort und Stunde der Sitzung sowie unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Das Gremium war mehrheitlich erschienen, sodass die Vorsitzende Sabine Conradi Beschlussfähigkeit feststellen konnte. Sie begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass Einsprüche gegen die Einladung und die Tagesordnung nicht vorgebracht wurden. Besonders begrüßte sie Herrn Deißenroth als neues Mitglied in der Gemeindevertretung und wünschte gute Zusammenarbeit.

Die Tagesordnung wurde – unter Protokollführung der Verwaltungsbediensteten Brigitte Hörning – wie folgt abgewickelt

Tagesordnung:

Punkt 1 Betr.: Genehmigung und Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift vom 30.06.2010

Die Sitzungsniederschrift vom 30.06.2010 wurde bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 2 Betr.: Anfragen gemäß § 28 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung

Es lagen keine Anfragen vor.

Punkt 3 Betr.: Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Scherf berichtet über aktuelle Sachverhalte und Beschlüsse des Gemeindevorstandes.

- ABWASSER/KANALBAU:
- Ot. Bermbach: Die Arbeiten in offener Bauweise im Bereich Hauptstraße – Idsteiner Weg – Am Stockborn – Auf der Rütsch sind bis auf Nebenarbeiten und kleinere Arbeiten abgeschlossen. Der Bereich Hauptstraße bis Sängerhalle – Feldstraße – Am tiefen Graben – Ahornstraße – Birkenstraße wird demnächst in Angriff genommen. Der Außenbereich „Rote Erde" wird untersucht; das Ing.-Büro Lang prüft, ob das Wasser abgeleitet werden kann und damit die Kanalisation entlastet.
- Ot. Reichenbach: Die Ingenieurleistungen für die Sanierung des Kanalnetzes wurden an das Ingenieurbüro Grandpierre & Wille, Idstein vergeben (58.000 Euro).

- GEWERBEGEBIET LIND II: Baubeginn noch in dieser Woche.

- MASSNAHMEN AUS DEM KONJUNKTURPROGRAMM:
- Ot. Bermbach:
- TV-Halle – Heizung und Wärmedämmung sind fertiggestellt.
- Kiga – Wärmedämmung fertiggestellt.
- Feuerwehrgerätehaus – Wärmedämmung fertiggestellt.
- Ot. Steinfischbach:
- Kiga – Wärmedämmung wird in der 2. Septemberwoche angebracht.
- Feuerwehrgerätehaus – Wärmedämmung läuft zur Zeit.
- Ot. Niederems:
- DGH – Heizung wird derzeit erneuert.
- Ot. Esch:
- DGH – die beiden großen Fensterfronten werden in der 2. Septemberwoche erneuert.
- IDSTEINER LAND:
- Bauhöfe: Die Zusammenlegung der Bauhöfe wird durch die Gemeinde Niedernhausen nicht weiter verfolgt; ein entsprechender Beschluss des Gemeindeparlamentes liegt vor. Lediglich die Kooperation untereinander soll verstärkt werden.
- KOOPERATION MIT DER STADT BAD CAMBERG: Es ist angedacht, dass Kinder und Jugendliche freien Eintritt in den Sommerferien 2011 im Freibad Bad Camberg haben sollen und die Gemeinde Waldems die Kosten übernimmt. Ein entsprechender Vorschlag erfolgt zu den Haushaltsberatungen 2011.

- KBV: Herr Fink referierte in der HFA-Sitzung zu dieser Thematik. Diese Angelegenheit wird in der nächsten Sitzungsrunde beraten bzw. entschieden werden.
- RTV: Hier war eine Neustrukturierung angedacht worden. Mittlerweile ist eine eventuelle Auflösung im Gespräch – der RTV soll in einen Eigenbetrieb umgewandelt werden. Einer der Gründe, hier eine Entscheidung herbeizuführen, war der Ausstieg der Stadt Taunusstein aus dem RTV und somit die erhöhten Kosten für die verbleibenden Mitglieder. Diese Variante ist mittlerweile favorisiert und wird mit sich bringen, dass in Folge die Entscheidungen bezüglich des Verkehrsverbundes künftig im Kreistag getroffen werden.
- MODELLREGION „ELEKTROMOBILITÄT" RHEIN-MAIN: Hier teilte Bürgermeister Scherf mit, dass der Gemeinde 2 diesbezügliche Fahrräder zur Verfügung stehen (Bauhof und Verwaltung).
- DSL: Seitens des Rheingau-Taunus-Kreises wird eine Machbarkeitsstudie bezüglich der Breitbandversorgung im Kreis erarbeitet. Im ersten Schritt soll flächendeckend 1 MBit vorgesehen werden; in Waldems haben wir derzeit bereits fast überall 2 MBit. In einem zweiten Schritt ist der Aufbau einer Breitbandinfrastruktur bis 50 MBit geplant. Die Versorgung des Gewerbegebiete ist ein besonderes Anliegen – es werden Gespräche mit Telekom und Unitymedia geführt.
- FINANZSITUATION:
- Der HSGB sieht derzeit keine Möglichkeit, eine erfolgreiche Großdemo aller hessischen Kommunen wegen der unzureichenden Finanzausstattung – wie vom Gemeindeparlament angeregt – zu organisieren, da die Kommunen der Landesregierung anlässlich des Hessentages ihren Standpunkt klargemacht haben und entsprechende Anfragen bei den in Frage kommenden Kommunen diesbezüglich eindeutig eine Ablehnung signalisierten. Im Falle einer Großdemo sei man davon ausgegangen, dass der HSGB in Verbindung mit dem Hess. Städtetag logistische und inhaltliche Unterstützung gewährt.

Punkt 4 Betr.: Straßenbeitragssatzung

Bürgermeister Scherf berichtete, dass der Gemeindevorstand dem Gemeindeparlament empfehle, die Straßenbeitragssatzung in der vorliegenden Form anzunehmen.

Herr Hies erläuterte seitens des Haupt- und Finanzausschusses, dass der Ausschuss einstimmig der Straßenbeitragssatzung in der vorliegenden Form zugestimmt habe und der Gemeindevertretung gleichlautende Beschlussfassung empfehle.

ABSTIMMUNG: Die Straßenbeitragssatzung wurde – wie von Gemeindevorstand und Haupt- und Finanzausschuss empfohlen – vom Gemeindeparlament einstimmig angenommen.

Punkt 5 Betr.: Einführung gesplitteter Abwassergebühren

Aufgrund eines Gerichtsurteils sind Abwassergebühren künftig gesplittet zu berechnen. Die hierzu erforderliche Befliegung hat bereits begonnen. Sie wird ca. 50.000 Euro kosten. Der Gemeindevorstand – so Bürgermeister Scherf – bittet das Gemeindeparlament, 25.000 Euro außerplanmäßig für 2010 bereitzustellen und den Rest von 25.000 Euro im Haushaltsjahr 2011 zu veranschlagen.

Herr Hies berichtete aus dem HFA, dass man die gesplittete Abwassergebühr aufgrund von gesetzlichen Vorgaben einführen müsse und der Haupt- und Finanzausschuss dem Gemeindeparlament empfiehlt, dem Beschlussvorschlag des Gemeindevorstandes zu folgen. Diese Beschlussempfehlung sei mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zustande gekommen.

Herr Dönmez von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" verwies in diesem Zusammenhang nochmal auf den vor einiger Zeit eingebrachten Antrag seiner Fraktion bezüglich der Einführung einer Grundgebühr und stellte zusätzlich zum vorliegenden Antrag bezüglich der Einführung von gesplitteten Abwassergebühren folgenden Zusatzantrag:
Nach dem ersten Satz wird eingefügt: „Dabei soll auch die Einführung von Grundgebühren geprüft werden".

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion verwies darauf, dass man keine Erhöhungen der Abwassergebühren aufgrund der gesetzlich festgelegten Verfahrensweise erwarte, sondern lediglich eine Umverteilung. In der Einführung einer Grundgebühr sah er die Gefahr, dass sich die ganze Angelegenheit noch wesentlich komplizierter und unübersichtlicher darstelle. Seine Fraktion würde dem Zusatzantrag auf Prüfung der Einführung von Grundgebühren nicht zustimmen.

Herr Liebchen von der FDP bat darum, den Zusatzantrag auf Prüfung der Einführung von Grundgebühren zu unterstützen, da er den Prüfauftrag im Hinblick auf Fairness und Gerechtigkeit sehe. Der erhöhte Aufwand sei hier nicht entscheidend.

Herr Hies erklärte im Namen der CDU-Fraktion, dass seine Fraktion den Antrag zu den gesplitteten Abwassergebühren mittragen werde. Die Einführung einer Grundgebühr sehe man allerdings – ähnlich wie bereits durch Herrn Schwenk erwähnt – kritisch. Das Verfahren sei bezüglich der gesplitteten Abwassergebühren bereits sehr kompliziert und aufwändig; eine zusätzliche Einführung einer Grundgebühr möchte man nicht auch noch aufnehmen.

ABSTIMMUNGEN:

Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen", nach dem ersten Satz des Beschlussvorschlages des HFA noch folgendes einzufügen: „Dabei soll auch die Einführung einer Grundgebühr geprüft werden".

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 17 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 5 Ja-Stimmen wurde dieser Zusatzantrag abgelehnt.

Beschlussvorschlag des HFA:

Teil 1:
Die Verwaltung wird beauftragt, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu klären, um eine gesetzeskonforme Beitragssatzung zu erstellen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 22 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wurde der erste Teil der HFA-Beschlussempfehlung vom Gemeindeparlament angenommen.

Teil 2:

Die hierfür anfallenden Kosten werden ca. 50.000 Euro betragen. Für das Haushaltsjahr 2010 werden außerplanmäßig 25.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die restlichen noch benötigten Mittel werden im Haushalt 2011 bereit gestellt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Auch der zweite Teil der HFA-Beschlussempfehlung wurde mit 22 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung vom Gemeindeparlament angenommen.

Punkt 6 Betr.: Baurechtschaffung „Bielingweg", Gemarkung Steinfischbach, Flur 4

Herr Volkmar verlässt vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt gemäß § 25 HGO den Sitzungssaal.

Bürgermeister Scherf wies darauf hin, dass diese Angelegenheit auf eine Bauvoranfrage im „Bielingweg" zurückgehe und man im Zuge einer Gleichbehandlung für den gesamten „Bielingweg" eine Baurechtschaffung – so die Beschlussempfehlung des Gemeindevorstandes an das Gemeindeparlament – prüfen möchte.

Herr Lederer berichtete aus dem Bau- und Planungsausschuss. Er habe sich im Vorfeld der Ausschusssitzung bereits umfassend mit dieser Thematik – auch in Verbindung mit dem Kreisbauamt des Rheingau-Taunus-Kreises – beschäftigt. Der Ausschuss habe sich im Interesse der Gleichbehandlung aller betroffenen Bürger mehrheitlich für eine Abrundung des „Bielingweges" von der „Postgasse" bis zur „Escher Straße" ausgesprochen. Nach der Auffassung des Ausschusses sollten die Standards beim Ausbau der Straße auf das Notwendigste begrenzt werden, um einen für die Anliegen kostengünstige Baurechtschaffung zu ermöglichen. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die Bedingungen für die Baurechtschaffung des gesamten „Bielingweg", angefangen von der „Escher Straße" bis zur „Postgasse", durch ein Planungsbüro prüfen zu lassen sei mit 5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme gefallen.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion verwies auf die umfangreiche und sachliche Diskussion im BPA, an deren Ende die vorliegende Beschlussempfehlung gestanden habe. Die vom Ortsbeirat Steinfischbach favorisierte Einzelfalllösung nach § 34 BauGB im Außenbereich im Sinne einer Ausbuchtung sei rechtlich nicht möglich. Auch sei dies keine zielgerichtete Dorfentwicklung.

Herr Möller von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" sah diese Angelegenheit weniger positiv, es seien noch diverse Punkte zu besprechen. Die Grundstückseigentümer sollten intensiv mit einbezogen werden; dies solle nicht nach dem Gutachten, sondern bereits im Vorfeld erfolgen. Die Mehrzahl der Anlieger sollte zustimmen – Beschlüsse sollten im Sinne der Bürger fallen. Seine Fraktion erteile der vorliegenden Beschlussempfehlung keine Zustimmung.

Herr Liebchen von der FDP sprach an, dass man die Anlieger natürlich einbinden, Rücksicht auf Einzelfälle nehmen und die Angelegenheit möglichst günstig für die Anlieger gestalten sollte. Baurecht stelle einen Wertzuwachs dar und man müsse den Wertzuwachs ins Verhältnis zu den Kosten setzen. Durch eine umfassende Aufklärung könne hier eine mündige Entscheidung der Anlieger erfolgen.

Herr Nägele von der CDU-Fraktion betonte, dass von Seiten der Verwaltung hier klargemacht worden sei, dass das geplante Bauvorhaben in der beantragten Form nicht umgesetzt werden könne, die kleine Lösung sei also nicht möglich. So wurde im BPA die große Lösung diskutiert. Natürlich würden die Anlieger gehört. Doch zunächst sollte laut dem heutigen Beschlussvorschlag die Prüfung der Möglichkeiten erfolgen.

Herr Werling betonte, dass der Ortsbeirat Steinfischbach die Einzelfalllösung favorisiert habe. Dem Ortsbeirat ging es lediglich um diesen Einzelfall. Er könne der heutigen Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Herr Möller von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" stellte folgenden Antrag:
„Der Gemeindevorstand wird gebeten, vor Beginn der Planungen Gespräche mit den Grundstückseigentümern zu führen und bei überwiegend positiver Rückmeldung mit den Planungen zu beginnen".

Bürgermeister Scherf bemerkte, der Vorschlag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" höre sich gut an, doch wie bereits durch Herrn Nägele erläutert, handele es sich hier nur um eine Prüfung der Kostenermittlung usw. Nur mit den notwendigen Informationen ausgestattet sei es sinnvoll Gespräche mit den Anliegern zu führen.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion erläuterte nochmals, dass es sich hier lediglich um eine Prüfung der Möglichkeiten handele. Dem Ergänzungsantrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" werde seine Fraktion nicht zustimmen. Er wehre sich auch gegen den Eindruck, man wolle hier die Einzelfalllösung nicht, da dies baurechtlich ausdrücklich nicht möglich sei.

Herr Lederer von der CDU-Fraktion verwies darauf, dass die Bauaufsicht nach § 34 diesen Einzelfall nicht genehmigt. Die Diskussion im „Bielingweg" sei im übrigen insbesondere was die Kosten anbelange nicht vergleichbar mit der bezüglich der „Gartenstraße" geführten.

Herr Dönmez von der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" verwies darauf, dass der Antrag seiner Fraktion auf die Befragung der Anlieger abziele, um deren Interessen zu erfragen.

Bürgermeister Scherf betonte, dass wie bereits durch Herrn Nägele erläutert – zunächst eine Prüfung der Möglichkeiten erfolgen müsse. Sinnvoll sei es Gespräche mit den Anliegern zu führen, wenn die Fakten klar seien.

ABSTIMMUNGEN:

Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen":
Die Ausschussempfehlung wird folgendermaßen ergänzt:
„Der Gemeindevorstand wird gebeten, vor Beginn der Planungen Gespräche mit den Grundstückseigentümern zu führen und bei überwiegend positiver Rückmeldung mit den Planungen zu beginnen."

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 16 Nein-Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung BPA:
Für den gesamten „Bielingweg", angefangen von der „Escher Straße" bis zur „Postgasse", soll durch ein entsprechendes Planungsbüro untersucht werden, welche Bedingungen – nach Rücksprache mit den wichtigsten Trägern öffentlicher Belange – Wasserbehörde, Naturschutzbehörde etc. – zu erfüllen sind, um für den genannten Bereich Baurecht zu schaffen. Dabei sind besondere örtliche Verhältnisse wie zu kleine Grundstücke, für die keine Baumöglichkeit besteht oder doppelte finanzielle Belastugen zu berücksichtigen. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, ggf. bei positivem Verlauf der Prüfung einen entsprechenden Satzungsentwurf zu unterbreiten.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 18 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 3 Nein-Stimmen wurde der Beschlussempfehlung des BPA zugestimmt.

Herr Volkmar nahm nach Ende des Tagesordnungspunktes wieder an der Sitzung teil.

Punkt 7 Betr.: Abschlussbericht Akteneinsichtsausschuss

Seitens der Antragstellerin, der CDU-Fraktion berichtete Herr Hies, dass es im Rahmen der Bürgschaft bezüglich der Photovoltaikanlage auf dem Dach der Feldscheune im Ot.

Reichenbach zu Irritationen gekommen war, sicherlich auch dadurch, dass man auf diesem Gebiet keine Erfahrung hatte. Im Rahmen der Akteneinsicht hatten die Parlamentarier Gelegenheit, sich entsprechend zu informieren. Die Angelegenheit sei im Ausschuss nochmals diskutiert worden und die CDU-Fraktion empfiehlt dem Gemeindeparlament, der HFA-Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Herr Hies berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass sich das Gremium in mehreren Sitzungen mit dieser Thematik beschäftigt habe. Inzwischen haben sich die Parlamentarier die Verwaltungsakten angesehen, man habe das Ergebnis diskutiert und den Vorschlag des Herrn Humm, ergänzt durch Herrn Schwenk, Herrn Dönmez und ihn im HFA angenommen und empfehle ihn dem Gemeindeparlament zur gleichlautenden Feststellung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig mit 23 Ja-Stimmen stellt das Gemeindeparlament das Ergebnis des Akteneinsichtsausschusses – wie im Protokoll des HFA vermerkt – fest. Der Satz unter Punkt 3 „Der Beschluss der GVE muss ggf. korrigiert werden." ist zu streichen.

Somit lautet der Beschluss des Gemeindeparlamentes:

> Zum Bau einer Photovoltaikanlage benötigte der Nabu zunächst eine Bürgschaft der Gemeinde Waldems in Höhe von 40.000 €. In einem Vertrag mit dem Nabu im Frühjahr 2008 wurde diese Bürgschaft zugesagt. Die Endgültige Klarheit, dass die Bürgschaft tatsächlich benötigt werde ergab sich aber erst –da es zwischenzeitlich offen war, ob die Bürgschaft überhaupt gebraucht werde- im Spätsommer 2008. Daher wurde bis zu diesem Zeitpunkt von Seiten der Gemeindeverwaltung und des Vorstandes keine Grundlage und Notwendigkeit für eine Vorlage in einer der folgenden GVE-Sitzungen gesehen.
>
> Im August 2008 wurde es dann dringend, da ohne Bürgschaft –sie wurde jetzt doch benötigt- die Finanzierung des Gesamtprojektes nicht gesichert gewesen wäre. Die Module mussten aber dringend bestellt werden, sollte das Projekt noch gelingen.
>
> Aufgrund dieser dann vorhanden Eilbedürftigkeit entschloss sich der Vorstand die Bürgschaft zu geben und erst dann, die „als Formsache" angesehene Genehmigung der GVE einzuholen.
> Dieser Fehler wurde noch verstärkt, da man außerdem die Auffassung vertrat, dass die Haushaltssitzung im Januar 2009 inhaltlich der richtige Rahmen wäre diesen Beschluss nachzuholen.
> Hierzu liegt ausweislich der Akten eine Aktennotiz vor, nach der dieses Vorgehen seitens der Kommunalaufsicht vorgeschlagen wurde.
>
> Daher unterblieb es in den anstehenden Sitzungen im Herbst bzw. gleich in der nächsten Sitzung den Punkt zur Tagesordnung zu machen.

Feststellungen des Ausschusses:

1. Die Akteneinsicht lieferte keinen Anhaltspunkt dafür, dass bewusst und absichtlich –aus welchen Gründen auch immer- die Angelegenheit nicht im Herbst vorgelegt wurde, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt.

2. Negativ aufgefallen ist jedoch, dass bei der Gemeindeverwaltung keine Originalschrift der Bürgschaftserklärung vorhanden war. Diese wurde anscheinend erst nachträglich vom Kreditgeber auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Dies geschah zudem erst nachdem in der Gemeindevertretung die Brisanz des Themas klar wurde.

3. Die Bürgschaftssumme umfasst laut Urkunde 40.000€ zuzüglich Zinsen und Kosten. Der Vertrag mit dem NABU verpflichtet diesen rund 40.000,00 Euro. Auf eine Korrektur dieser Verpflichtung kann wegen eingetretener Tilgung verzichtet werden.

4. Ausweislich der Akteneinsicht besteht keine Klarheit, ob seitens des NABU eine Versicherung z.B. gegen Unwetterschäden für die PV-Anlage besteht. Ein Nachweis der Versicherung ist nach Ansicht des HFA unbedingt erforderlich.

5. Insgesamt gesehen, erscheint die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Gewährung der Bürgschaft im Wesentlichen einer gewissen Unerfahrenheit bei Gemeindevorstand und Gemeindeverwaltung im Umgang mit Bürgschaften geschuldet.

   Gleichzeitig kommt ausweislich der Akten hinzu, dass von Seiten des Bürgschaftsnehmers und auch des Bürgschaftsempfängers nach dem Sommer nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung hingewiesen wurde (Lieferfähigkeit Solarpaneele, Absinken der Einspeisevergütung zum Jahreswechsel).

6. Die Entscheidung über die Vergabe einer Bürgschaft liegt in der Zuständigkeit der Gemeindevertretung. Dies schreibt die Hessische Gemeindeordnung (HGO) so vor. Die Gemeindevertretung dürfte die Entscheidung über eine Bürgschaft, selbst wenn sie es wollte nicht an den Gemeindevorstand delegieren.

7. Der HFA stellt daher abschließend im Namen der GVE nochmals klar, dass zukünftig die Themen so zu behandeln sind, wie es die HGO und die Hauptsatzung der Gemeinde Waldems vorschreibt und auch bei vermeintlich „einfacher Sachlage" von Seiten des GVO, nicht einseitig, von der vorgegebenen Verfahrensweise abzuweichen ist.

8. Der HFA stellt fest, dass damit die Akteneinsichtnahme abgeschlossen ist und schlägt der Gemeindevertretung vor das Ergebnis der Akteneinsichtnahme, wie vom HFA festgestellt, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 Betr.: Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" 17.06.2010: Realisierung eines Radweges entlang der K 715 von der Ortsrandlage Bermbach zur B 275 (Anschluss Radweg Richtung Idstein)

Der Antrag lag allen vor – Herr Hies erklärte, dass die Antragsteller auf eine weitere Darstellung verzichten, da die Angelegenheit bereits im Bau- und Planungsausschuss entsprechend erläutert und behandelt wurde.

Herr Lederer berichtete aus dem Bau- und Planungsausschuss, dass der Ausschuss empfehle, die angedachte Realisierung des Radweges entlang der K 715 von der Ortsrandlage Bermbach zur B 275 (Anschluss Radweg Richtung Idstein) zu prüfen und ein Konzept mit Kostenschätzung zur Haushaltssitzung 2011 vorzulegen.

ABSTIMMUNG:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Realisierung eines Radweges entlang der K 715 von der Ortsrandlage Bermbach zur B 275 (Anschluss Radweg Richtung Idstein) zu prüfen und der Gemeindevertretung zur Haushaltssitzung 2011 ein Konzept mit Kostenschätzung vorzulegen.

Ergänzend soll auch der Hessische Fernradweg auf die Trasse – Bushaltestelle „Am Steinmorgen" – Verlängerung Feldweg am Ortsrand – Feldweg oberhalb „Hessenstraße" verlegt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: einstimmig

Punkt 9 Betr.: Ortsgericht I – Amtsablauf des Ortsgerichtsschöffen und Vertreters des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichtes I Johannes Krauß und des Ortsgerichtsschöffen Wolfgang Schwenk

Herr Johannes Krauß steht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung, Herr Wolfgang Schwenk steht nicht mehr zur Verfügung. Herr Norbert Schwenk hat sich bereit erklärt als Ortsgerichtsschöffe zu fungieren.

Zu diesem Tagesordnungspunkt nahm Herr Hies seitens des Haupt- und Finanzausschusses Stellung und berichtete, dass der Ausschuss – wie bereits zuvor der Gemeindevorstand - einstimmig dem Gemeindeparlament empfehle, Herrn Johannes Krauß für eine weitere Amtszeit als Ortsgerichtsschöffen und Vertreter des Ortsgerichtsvorstehers des Ortsgerichtes I und Herrn Norbert Schwenk als Ortsgerichtsschöffen vorzuschlagen. Er sprach Herrn Wolfgang Schwenk für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

ABSTIMMUNG: Die Empfehlung des Gemeindevorstandes und des Haupt- und Finanzausschusses wurde mit 22 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die Tagesordnung der 29. Sitzung war damit erledigt.

Die Vorsitzende schloss die Sitzung gegen 21.00 Uhr und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Sabine Conradi
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Brigitte Hörning
Schriftführerin

/hg